Stadtparlament

9201 Gossau
info@stadtgossau.ch
www.stadtgossau.ch

Protokoll

Sitzung vom 7. Mai 2024

Vorsitz	Pascal Furer, Präsident
Teilnehmend	Frank Albrecht (SVP) Urs Allenspach (SVP) Werner Bischofberger (SP) Pascal Brander (SVP) Marco Broger (SP) Matthias Ebnetter (FLiG) Andreas Helfenberger (Die Mitte) Kurt Jau (SVP) Lukas Kessler (FDP) Florian Kobler (SP) Ursula Kobler (FDP) Claudia Kretz Büsser (FDP) Alois Künzle (SVP) Thomas Künzle (SVP) Itta Loher (SP) David Loser (Die Mitte) Patrik Mauchle (Die Mitte) Markus Meister (FLiG) Andreas Oberholzer (SVP) Martin Pfister (Die Mitte) Roger Pfister (Die Mitte) Markus Rosenberger (SVP) Andrea Rütsche-Schaller (Die Mitte) Christian Schlegel (FLiG) Angelo Schwizer (Die Mitte) Marina Schwizer (Die Mitte) Pakize Sönmez (FDP) Martina Uffer (FLiG)
Abwesend	Elmar Hardegger (Die Mitte)
Anwesend Stadtrat	Wolfgang Giella Helen Alder Frey Claudia Martin Stefan Rindlisbacher Florin Scherrer
Abwesend Stadtrat	--
Protokoll	Beatrice Kempf, Stadtschreiberin

Umfang	Dieses Protokoll umfasst die Beschlüsse Nrn. 84/2024 bis 87/2024 84/2024 Reglement über die Kosten der Nachführung der amtlichen Vermessung; Erlass 85/2024 Postulat SVP-Fraktion, "Verwaltungsstrukturen und -prozesse optimieren"; Antwort 86/2024 Interpellation SP-Fraktion "Reichsbürgertreffen wirft Fragen auf"; Antwort 87/2024 Neue Vorstösse
Zeit	18.00 - 19.10 Uhr

Protokoll Nr. 84/2024

2023-391

Sitzung vom 7. Mai 2024

27.10

Reglement über die Kosten der Nachführung der amtlichen Vermessung; Erlass

I. Grundlagen

1. Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 14. März 2024 mit folgenden Anträgen:
 1. Das Reglement über die Kosten der Nachführung der amtlichen Vermessung wird erlassen.
 2. Der Beschluss wird dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Das Reglement über die Kosten der Nachführung der amtlichen Vermessung liegt im Entwurf vom 17. August 2023 vor.

II. Eintretensdiskussion

1. **Kurt Jau (SVP):** Bisher hat die Stadt Gossau die Kosten des externen Dienstleisters in Form einer fixen Gebühr weiterverrechnet. Künftig sollend die tatsächlichen Kosten plus eine Bearbeitungsgebühr von 80 Franken in Rechnung gestellt werden. Dadurch entfällt für das Grundbuchamt die Berechnung der Kosten, was wiederum den Verwaltungsaufwand senkt. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Anträge des Stadtrates.
2. **Matthias Ebnetter (FLiG):** Die FLiG begrüsst die Umstellung von der bisherigen Gebührenerhebung hin zu einem verursachergerechten System. Auch bei den Anschlussgebühren beim Abwasser und beim Strom sollte eine solche Umstellung geprüft werden. Die FLiG ist für Eintreten.
3. **Pakize Sönmez (FDP):** Der Erlass des Reglements über die Kosten der Nachführung der amtlichen Vermessung ist ein fairer und transparenter Schritt in die richtige Richtung, den wir unterstützen. Die Entscheidung, die effektiven Kosten zu verrechnen, spiegelt unser Bekenntnis zur verantwortungsvollen Nutzung öffentlicher Ressourcen wider. Es ist eine gerechtere Lösung für die Dienstleistungsbeziehenden. Die FDP-Fraktion wird den Erlass einstimmig annehmen.

III. Beschluss

1. Das Reglement über die Kosten der Nachführung der amtlichen Vermessung wird erlassen. (29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

Protokoll Nr. 85/2024

2022-118

Sitzung vom 7. Mai 2024

01.26.820

Postulat SVP-Fraktion, "Verwaltungsstrukturen und -prozesse optimieren"; Antwort

I. Grundlagen

1. Das Stadtparlament hat am 5. Juli 2022 das Postulat «Verwaltungsstrukturen und -prozesse optimieren» der SVP-Fraktion erheblich erklärt. Damit wird der Stadtrat beauftragt, im Stadthaushalt Möglichkeiten zur Steigerung von Effektivität und Effizienz aufzuzeigen, um das strukturelle Defizit zu reduzieren.
2. Der Stadtrat beantwortet das Postulat mit Bericht 25. Mai 2023 und beantragt:
 1. Das Stadtparlament nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht.
 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
3. Die vorberatende Kommission hat an elf Sitzungen den Bericht und Antrag vorberaten. Sie hat dazu die Departementsvorstehenden beigezogen. Nicht beigezogen wurde die Vorsteherin Versorgung Sicherheit, da das Postulat explizit den Stadthaushalt betrifft.
4. Die Kommission hält in ihrer Berichterstattung vom 25. März 2024 fest:
 - a) Gemäss Art. 43 lit. c der Gemeindeordnung führt und organisiert der Stadtrat die Stadtverwaltung. Diese Aufgabe umfasst auch die Kompetenz, Aufgaben und Ausgaben in Umfang und Qualität festzulegen, sofern diese nicht durch Beschlüsse von Bürgerschaft oder Parlament festgelegt sind.
 - b) Der Stadtrat erwartet aus der parlamentarischen Diskussion zu Bericht und Antrag Entscheide, welche Massnahmen von ihm weiter zu verfolgen sind und in welcher Priorisierung.
 - c) Mit dem Postulat können keine bindenden Aufträge erteilt werden. Die Kommission erwartet aber, dass der Stadtrat die Empfehlungen aus der eingehenden Beratung aufnimmt und in der Budgetierung berücksichtigt. Die Priorisierung ergibt sich in Abhängigkeit von bestehenden Vereinbarungen und aufgrund von weiteren Abklärungen.
5. Die vorberatende Kommission empfiehlt:

Punkt 1: Auflistung freiwillige Massnahmen

Aufgaben/Massnahmen weiterzuführen:

Aufgabe-Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen VBK
1000	Stadtparlament	
103000	Mitgliedschaften Städteverband und Gemeindeverband	
103007	Mitgliedschaft Hagelabwehrverband	
103010	Märkte	
115000	Schlüsselbewirtschaftung Veloeinstellung Bahnhof	
1250	Planungsberatung Stadtentwicklung	
126001	Stadtbibliothek, Miete und Trägerschaftsbeitrag	Projekt für Integration in Stadt läuft
126001	Ludothek, Miete und Trägerschaftsbeitrag	Regionale Lösung und Gebührenanpassung prüfen
126003	Ortsbürgergemeinde	
126003	Walter Zoo, Betriebsbeitrag	Beitrag zugesichert von Stadtparlament bis 2025
126003	Schloss Oberberg, Beitrag	
126003	Beiträge an Vereine	
126003	Beitrag an Fachgeschäfte	
2000	Schulrat	
2010	KiTa-Sekretariat	Seit März 2023 im Bereich Soziales
2010	Sekretariat Musikschule	
2030, 2040	Führung von Kleinklassen	

Aufgabe-Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen VBK
2100	Schulgesundheit, Beiträge an Zahnkorrekturen	
2110	Sport Kultur Freizeit, Fachstelle und Beiträge an Sportvereine	
2130	Standortbeitrag Gymnasium Friedberg	
2130	Beitrag Maitlisek	
3000	Bauberatung Bausekretariat	
3010-3060	Verzicht auf Einsatz Biogas	
3030	Lokale Marktstübli und Mehrzwecksaal Arnegg	
3100	Parkanlagen Unterhalt	
3100	Feuerstellen Unterhalt, Brennholz	
3100	WC-Anlagen, Unterhalt	
5010	Finanz- und Sachhilfe	
5025	Fachstelle Integration	
5060	Ausserfamiliäre Kinderbetreuung	
5090	Mütter-/Väterberatung	
5090	Fachstelle Gesundheit	
5090	Fachstelle Alter	

Aufgaben/Massnahmen weiterführen, aber Aufwand reduzieren:

Aufgabe-Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen VBK	Mögliche Einsparung in CHF
1010	Personalnebenleistungen Verwaltung	Keine Finanzierung Anlass Pensionierte	6'500
103009	Beitrag an Jungunternehmerzentrum und Tourismus St. Gallen-Bodensee	Mitgliedschaft Tourismus prüfen	7'200
126003	Stadtapéro	Aufwand für Apéro reduzieren	5'000
126004	Bundesfeier	Konzept inskünftig ohne Gastgemeinde	17'500
2000	Personalnebenleistungen Schule	Keine Finanzierung Anlass Pensionierte	2'400
2020, 2030, 2040	Lehrkräfte Bibliotheken	Anpassungen bereits in die Wege geleitet	4'000
2050	Förderangebote	Anpassung Prozesse, Begabtenförderung belassen	200'000
2060	Musikschule Fürstenland	Reduktion Aufwand auf CHF 400'000. Gespräche mit Verein Musikschule führen, Finanzierung Individualunterricht und Ausbau Gruppenangebot prüfen.	280'000
2060	Schulreisen, Sonderwochen, Klassenlager, Sportlager, Exkursionen	2 Lager (anstatt 3) in 5. und 6. Klasse, 3 Lager (anstatt 4) in Oberstufe	70'000
2060	Unterrichtsangebote Stadtbibliothek	Abo nur auf Antrag	4'000
2060	Beiträge an private Organisationen	Beiträge reduzieren	8'000
3010-3060	Wechsel Strommix	Produktewechsel von «star plus» zu «classic»	100'000
3010	Hallenbad, Freibad	Entscheid Parlament vom 19.03.2024: Betrieb Hallenbad während der verkürzten Freibadsaison von Juni bis August 2024 wie während der Corona-Einschränkungen (nur Schulen, Vereine oder Kurse, ohne Präsenz von Bademeistern). 2025 soll die gleiche Regelung wie 2024 gelten.	85'000
3020	Verzicht auf Grundreinigung	Erhöhte Anforderungen an Unterhaltsreinigung	100'000
3020	Reduktion baulicher Unterhalt	Unterhaltsturnus und Objektstrategie überprüfen, teilweise nur Kostenverlagerung	100'000
3030	Büromaterial-Einkauf	Einkaufskonditionen überprüfen	20'000
3060	Unterhalt Fussballplätze reduzieren	Mit Baubeginn der Sportwelt Einsparmöglichkeiten nicht mehr vorhanden. Mit neuem Betriebskonzept Kostenreduktion ab 2026 möglich.	120'000
3110	Öffentliche Beleuchtung	Gleiche Regelung wie im Winter 2022/23 (Energimangellage). Auch Reduktion der Betriebszeiten prüfen.	30'000
3120	Öffentlicher Verkehr	Steuerung des Takts für die Linie 151 prüfen	100'000
5040	Jugendarbeit	Reduktion Aufwand auf CHF 400'000, auch aufgrund Ergebnis 2022	103'820
5050	Schulische Sozialarbeit	Reduktion Aufwand auf CHF 400'000, auch aufgrund Ergebnis 2022	73'000
Total			1'436'420

Aufgaben/Massnahmen streichen:

Aufgabe-Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen VBK	Mögliche Einsparung in CHF
103001	Easyvote	Vom Stadtrat bereits umgesetzt	10'000
115000	Gemeinde-Tageskarte	Vom Stadtrat bereits umgesetzt	nb
115000	Verkauf Abfallmarken	Weitere 6 Verkaufsstellen in der Stadt	nb
126000	Theater St. Gallen und Jugendtheater	Konsequenzen eher gering, Angebote für Schule aber inskünftig kostenpflichtig	15'000
126005	Willkommen in Gossau	Im heutigen Zeitpunkt verzichten, später wieder prüfen	17'000
126006	Gossauer Preis	Im heutigen Zeitpunkt verzichten, später wieder prüfen	14'300
3030	Vereinstarif Anlagen	Nutzung zu einem günstigen Pauschalpreis (1 x jährlich) für einheimische Vereine aufheben	30'000
Total			86'300

Die möglichen Einsparungen betragen gesamthaft **CHF 1'522'720** (CHF 1'436'420 und CHF 86'300).

6. Wo keine Ausführungen gemacht werden, unterstützt die vorberatende Kommission die Ausführungen des Stadtrates im Bericht und Antrag, Punkte 3 bis 9. Ergänzend empfiehlt sie:

Punkt 3: Anpassung von Verwaltungsprozessen

Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen
3.1.2	Straffung Kiosk-Angebot	Auftrag für Abklärungen an Leiter Stadtkanzlei
3.2	Dienstleistungen an Dritte zu Vollkosten	Vollkosten auch für Planungsberatung Stadtentwicklung

Punkt 4: Effizienzsteigerung durch Reorganisation oder Zusammenschluss von Organisationseinheiten

Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen
4.1	Kindertagesstätte und Tagesstrukturen zusammenlegen	Abklärungen durch Amt für Soziales und Schulamt, wenn möglich inhouse
4.2	Triageschalter im Rathaus	Projektauftrag erteilen
4.3	Notwendigkeit von Kommissionen überprüfen	Kommissionen beibehalten, Entschädigungen überprüfen
4.4	Zentralisierter Personaldienst	Projektauftrag erteilen
4.5	Fachstelle «Sport Kultur Freizeit», Eingliederung und Schnittstellen klären	Projektauftrag erteilen und Notwendigkeit Fachstelle prüfen
4.6	Hochbauamt und Tiefbauamt (Bereiche Facility-Management und Unterhaltsdienst) zusammenlegen	Projektauftrag erteilen für Unterhaltsdienst und Facility Management
4.7	Stadtentwicklung und Tiefbauamt zusammenlegen	Projektauftrag, Planung im Gange

Punkt 5: Übernahme von erfolgreichen Effizienz- und Effektivitätssteigerungen anderer Verwaltungen (Good Practice)

Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen
5.1	Optimierungsmassnahmen aus Benchmarking umsetzen	GPK soll die vom Stadtrat aus dem Benchmark abgeleiteten Massnahmen überwachen.

Punkt 6: Synergien mit Nachbargemeinden optimal nutzen, um Aufwand zu reduzieren und Leistungserbringung zu verbessern.

Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen
6.2.1	Regionales ICT-Kompetenzzentrum	Im heutigen Zeitpunkt Interessenlage bei Nachbargemeinden nicht erkunden.
6.2.2	Kompetenzzentrum Stadtentwicklung	Fehlende personelle Ressourcen. Interessenlage bei Nachbargemeinden nicht erkunden.
6.2.3	Kompetenzzentrum Projekte/Immobilien	Fehlende personelle Ressourcen. Interessenlage bei Nachbargemeinden nicht erkunden.
6.2.4	Kompetenzzentrum Integration und Alter/Gesundheit	Im heutigen Zeitpunkt Interessenlage bei Nachbargemeinden nicht erkunden.

Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen
6.2.5	Regionalisierung Jugendarbeit	Im heutigen Zeitpunkt Interessenlage bei Nachbargemeinden nicht erkunden.
Punkt 7: Kurzfristige nachhaltige Ausgabenreduktion laufende Rechnung		
Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen
7.1	Keine freiwilligen kostenpflichtigen Publikationen	Keine Verrechnung an Angehörige für amtliche Bestattungsanzeigen.
Punkt 8: Vom Stadtrat nicht vertiefte Ideen		
Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen
8.4	Budget und Geschäftsbericht vereinfachen	Berichte einfacher gestalten, bisherige gelbe Seiten beibehalten, Bericht Bevölkerungsversion allenfalls digitalisieren.
8.6	IT-Arbeitsmittel kennen und anwenden	IT-Arbeitsmittel bekannt machen und Lizenzenmanagement prüfen.

II. Diskussion

1. **Markus Rosenberger (SVP):** Am 5. Juli 2022 hat das Parlament den Stadtrat mit dem Postulat «Verwaltungsstrukturen und -prozesse optimieren» beauftragt, Möglichkeiten aufzuzeigen, um im Stadthaushalt Effektivität und Effizienz zu steigern und das strukturelle Defizit zu senken. Mit Bericht und Antrag vom 25. Mai 2023 hat der Stadtrat das Postulat beantwortet. Er legt im Bericht Ansätze für Massnahmen vor. Eine Bearbeitung der vorgeschlagenen Massnahmen zur Entscheidungsreife war im Zeitraum für die Beantwortung des Vorstosses nicht möglich. Die Vertiefung zur Entscheidungsreife hätte teilweise erheblichen Zusatzaufwand erfordert und einzelne Massnahmen hätten auch zu unnötiger Verunsicherung bei den betroffenen Mitarbeitenden geführt. Der Stadtrat will daher nur Massnahmen vertiefen, welche im Parlament eine breite Akzeptanz finden.

Die VBK hat den Bericht und Antrag an elf Sitzungen intensiv vorberaten. Die unterschiedlichen Aufgaben und Prozesse wurden kontrovers diskutiert, aber die Kompromiss- und Lösungsfindung stand immer im Vordergrund. An der ersten Sitzung hat uns Stadtpräsident Wolfgang Giella die Beweggründe des Stadtrates zur Postulatsantwort nähergebracht. Daraufhin hat die VBK die einzelnen Aufgaben/Massnahmen sowie die Vorschläge zur Prozessoptimierung direkt mit den jeweiligen Ressortverantwortlichen und Amtsleitern besprochen. Bevor wir aber mit den Befragungen der einzelnen Ressort- und Amtsleitenden starteten, haben wir Finanzchef Heinz Loretini zu einem Austausch eingeladen. Dabei stand vor allem der städteübergreifende Benchmark im Fokus, welcher sich jährlich auf drei Schwerpunktthemen konzentriert. Dieses Instrument kann ebenfalls eine Unterstützung zur Überprüfung der Abläufe und Prozesse sein. Ebenfalls soll der GPK der jährliche Benchmark-Bericht zur Verfügung gestellt werden, damit diese die Schwerpunktthemen bei den Visitationen überprüfen kann. Die VBK hat in den Gesprächen mit den einzelnen Ressort- und Amtsleitern einen sehr tiefen und detaillierten Einblick in die Aufgaben erhalten. Es wurde uns auch rasch bewusst, dass gewisse Abhängigkeiten oder Verträge von teils «freiwilligen» Aufgaben nicht so einfach gestrichen werden können. Entsprechend wurde vorgeschlagen, bei einzelnen Positionen den Aufwand zu reduzieren und nicht gleich die ganze Aufgabe zu streichen.

Die VBK hat sich in der Berichterstattung darauf geeinigt, die vom Stadtrat vorgeschlagenen freiwilligen Aufgaben oder Massnahmen in drei Kategorien zu unterteilen:

- Aufgaben/Massnahmen, welche weitergeführt werden sollen
- Aufgaben/Massnahmen, welche weitergeführt, aber der Aufwand reduziert werden soll
- Aufgaben/Massnahmen, welche gestrichen werden sollen

Bei den von der VBK vorgeschlagenen Streichungen, wie dem Gossauer Preis oder dem Beitrag an das Jugendtheater St. Gallen, soll aber eine Budgetaufnahme zu einem späteren Zeitpunkt wieder geprüft werden können. Bei den Streichungen sieht die VBK aus eingangs erwähnten Gründen einen eher kleinen Handlungsbedarf, was sich in möglichen Einsparungen von CHF 86'300 widerspiegelt. Hingegen sehen wir bei einigen Aufgaben/Massnahmen einen grossen Handlungsspielraum, um den Aufwand zu reduzieren. Aufgaben wie zum Beispiel Förderangebote, baulicher Unterhalt und Unterhaltsarbeiten, öffentlicher Ver-

kehr, die Jugendarbeit oder die schulische Sozialarbeit erachtet die VBK als sehr wichtig für die Stadt Gossau – hier sehen wir aber noch Potential, durch Trennen von Notwendigem und Wünschbarem, den Aufwand zu reduzieren. Die von der VBK empfohlenen Massnahmen zur Aufwandreduktion würden einer Einsparung von CHF 1'436'420 entsprechen. Bei den vorgeschlagenen Anpassungen von Verwaltungsprozessen, der Effizienz- und Effektivitätssteigerungen, möglichen Synergien mit Nachbargemeinden und kurzfristigen sowie nachhaltigen Ausgabereduktionen in der laufenden Rechnung, empfiehlt die VBK deren Umsetzungen mit ergänzenden Anpassungen.

Die Kommission erwartet, dass der Stadtrat die Empfehlungen aus der parlamentarischen Beratung aufnimmt und in den kommenden Budgetprozessen berücksichtigt. Die gewünschte Priorisierung ergibt sich in Abhängigkeit von bestehenden Vereinbarungen und aufgrund von weiteren Abklärungen. Damit der Stadtrat die Beweggründe der VBK zu den empfohlenen Massnahmen nachvollziehen kann, wurden ihm im Anhang zur Berichterstattung die Protokolle der Kommissionssitzungen zur Verfügung gestellt. Die VBK erhofft sich aus den Empfehlungen ersichtliche Resultate im Budget 2025 und wird dies bei der nächsten Budgetdebatte überprüfen.

2. **Patrik Mauchle (Die Mitte):** Die VBK hatte die Aufgabe, die vom Stadtrat vorgelegten Aufgaben und Prozesse zu analysieren und überprüfen und objektiv festzustellen, ob und wo es Spar-, Effizienz- oder Effektivitätssteigerungspotenzial gibt. Zu diesem Zweck hatte die VBK einen ausführlichen Fragenkatalog erarbeitet und stand stets auch im Austausch mit den zuständigen Departements- und Amtsleitern. Dass die VBK ganze elf Sitzungen benötigte, um den vorgelegten Bericht zu erstellen, zeigt, dass man sich intensiv mit den Themen auseinandergesetzt und sich genügend Zeit genommen hat. Es war der VBK ein grosses Anliegen, möglichst losgelöst von parteipolitischen Überlegungen Kompromisse und Lösungen zu finden.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass nur freiwillige Ausgaben und Massnahmen überprüft wurden, wobei die VBK feststellen musste, dass zahlreiche Aufgaben aufgrund eines gesetzlichen Grundauftrages eigentlich nur «halb-freiwillig» sind, insbesondere im Bereich der Bildung und im Sozialen. Dennoch gilt es auch hier, wie es Markus bereits gesagt hat, Wünschbares von Notwendigem zu trennen und ein Auge darauf zu haben, dass die Aufgaben mit einem vertretbaren Ressourcenaufwand erfüllt werden können.

Wie dem Bericht zu entnehmen ist, wurde wirklich überall versucht, Sparpotenzial zu identifizieren, unabhängig davon, ob es dabei um wenige tausend Franken (bspw. beim Jahresessen) oder aber um mehr als hunderttausend Franken (bspw. bei der Musikschule) ging. Schlussendlich ist nämlich die Gesamtsumme der Einsparungen massgebend.

Der Bericht der VBK enthält «nur» Empfehlungen, da mit dem Postulat keine bindenden Aufträge an den Stadtrat erteilt werden können. Diese Empfehlungen wurden aber mit bestem Wissen und Gewissen aufgrund der vorliegenden Informationslage erarbeitet, weshalb die Mitte Fraktion erwartet, dass der Stadtrat die Empfehlungen aufnimmt und in den folgenden Budgetprozessen berücksichtigt oder zumindest ernsthaft überprüft. Dabei ist uns klar, dass nicht alle Empfehlungen umgehend umsetzbar sind und bei einigen Positionen vorab weitergehende Abhängigkeiten geklärt werden müssen. Natürlich ist der Stadtrat angehalten – sofern Potenzial festgemacht wird – auch bisher unberücksichtigte Positionen kritisch zu hinterfragen. Zudem möchte ich hinzufügen, dass die ständige Prüfung der Angemessenheit von Ausgaben oder das Identifizieren von Spar-, Effizienz- oder Effektivitätssteigerungspotenzial, auch ohne Zutun der VBK beim Stadtrat künftig ein Dauerthema sein sollte. Da es sich «nur» um Empfehlungen handelt ist es auch nicht angezeigt oder sinnvoll, zum jetzigen Zeitpunkt im Detail über einzelne Positionen zu diskutieren. Eine Diskussion hat im Rahmen der Budgetdebatte zu erfolgen, da erst dann klar wird, ob und welchen Empfehlungen der Stadtrat folgt. Die Mitte Fraktion nimmt den Bericht der VBK zustimmend zur Kenntnis.

3. **Lukas Kessler (FDP):** Die FDP erwartet vom Stadtrat, dass er sich zu den im Postulat diskutierten Punkten äussert, wie er deren Umsetzung angehen möchte und was die Gründe bei einigen der freiwilligen Aufgaben sind, diese in gehabter Form weiterzuführen. Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorschläge der vorberatenden Kommission mit folgenden Bemerkungen:

- Viele Vorschläge der Kommission betreffen den operativen Betrieb. Der Entscheid zur Umsetzung und der Einbezug allfälliger weiterer Argumente liegt in der Kompetenz des Stadtrates.
- Bei der Musikschule schlägt die VBK vor, die Tarife und den Ausbau der Gruppenangebote zu prüfen. Die FDP-Fraktion fordert den Stadtrat auf, vertiefte Abklärungen zu tätigen und frühzeitig die weiteren Träger einzubeziehen. Zudem sollen die Leistungen der Stadt zu Vollkosten verrechnet werden.
- Bei den schulischen Förderprogrammen sollen die Vorschläge und deren Auswirkungen vertieft geprüft und abgewogen werden. Die aktuelle Praxis mit integrativer Beschulung bis zur zweiten Klasse und separativer Beschulung für die höheren Stufen soll beibehalten werden. Allenfalls kann bei der Beschulung in Halbklassen eine Optimierung erreicht werden.
- Betreffend Hallenbadbetrieb hat die VBK entschieden, dass im Jahr 2025 die vom Parlament fürs Jahr 2024 gewählte Lösung weitergeführt wird. Die FDP-Fraktion wird in Kenntnis der Erfahrungen aus dem Betrieb im Jahr 2024 entscheiden, welche Variante sie für das Jahr 2025 favorisiert.
- Bei der öV-Linie 151 schlägt die VBK dem Stadtrat vor zu prüfen, ob der Takt in weniger frequentierten Zeiten auf 12 oder 15 Minuten reduziert werden könnte. Die Linie 151 ist eine der besten Linien im Kanton St. Gallen hinsichtlich der Selbstfinanzierungsquote. Sie ist derzeit optimal mit dem übergeordneten öV-Netz abgestimmt. Zum aktuellen Zeitpunkt sieht die FDP diesen Punkt als nicht prioritär an. Das schliesst nicht aus, dass diese Fragestellung im Rahmen einer späteren Überprüfung miteinbezogen wird.

Die FDP-Fraktion wird das Postulat zustimmend zur Kenntnis nehmen.

4. **Werner Bischofberger (SP):** Mit grosser Enttäuschung stehe ich als Mitglied der VBK hier am Rednerpult. Die Formulierung des Antrags zeigt die fehlende Verbindlichkeit der Ergebnisse von Beratungen und Bewertungen der VBK deutlich:
 1. Das Stadtparlament nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht.
 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Das Parlament stimmt heute über diese zwei Anträge ab. Diese floskelhaft formulierten Anträge sind vor der Einsetzung der VBK geschrieben worden und ignorieren die rund 33 Stunden Beratung der VBK unter Beizug von Stadträten, Amtsleitern und Fachpersonen. Nicht zu vergessen die finanziellen Aufwendungen für diese Sitzungen. Und das für ein paar unverbindliche Empfehlungen, die nicht einmal im Parlament beraten werden dürfen. Der Stadtrat umschreibt seine Erwartungen in seinem Bericht und Antrag wie folgt: «Der Stadtrat erwartet aus der parlamentarischen Diskussion Entscheide, welche Massnahmen von ihm weiterzuverfolgen sind und in welcher Priorisierung.» Er will also Entscheide und keine Empfehlungen aus der parlamentarischen Diskussion. Wie erhält der Stadtrat diese Entscheide, wenn nicht einmal eine parlamentarische Diskussion stattfindet? Und wie will der Stadtrat die Priorisierung heraushören, wenn die Massnahmen nicht diskutiert werden?

Es existiert ein Beschluss der VBK, worin dem Stadtparlament empfohlen wird, dem Stadtrat zu empfehlen, den Bericht der vorberatenden Kommission und die parlamentarische Beratung in die Budgetierung miteinzubeziehen. Gerne hoffe ich, dass diese Empfehlung gehört wird.

Die Beratungen in der VBK basierten auf einer Liste von Massnahmen, die von Fachgremien in Workshops erarbeitet wurden. Beim Mitunterzeichnen des Postulats habe ich mir eine solche Durchleuchtung der Verwaltung erhofft und konnte mich nun davon überzeugen.

5. **Markus Meister (FLiG):** Grundsätzlich kann die FLiG hinter den meisten Sparvorschlägen der VBK stehen und fordert eine nachsichtige Prüfung der einzelnen Sparmassnahmen durch die Verwaltung, so dass bei einer Streichung oder Kürzung einzelner Aufgaben nach Jahren nicht ein finanzieller oder zeitlicher Mehraufwand entsteht. Folgende Aufgaben sollen für das Budget 2025 nochmals kritisch hinterfragt werden.
 - 2050: Der Aufwand der Förderangebote der schulischen Heilpädagogik soll um CHF 200'000 reduziert werden. Gesamtaufwand beläuft sich auf CHF 3,5 Mio! Wir stehen dieser Kürzung skeptisch

gegenüber und erwarten, dass nur Prozesse und Mittel optimiert, aber keine Stellen abgebaut werden. Die vorhandenen Mittel sollen möglichst zielführend eingesetzt werden. Weiter erwarten wir, dass nicht bei der Begabungsförderung gestrichen wird.

- 2060: Die Reduktion des Aufwandes der Musikschule Fürstenland von CHF 680'000 auf CHF 400'000 ist erheblich und lässt sich kaum durch Effizienzsteigerung erreichen. Der Einzelunterricht kostet für die Eltern heute ca. CHF 1'000 pro Kind und Jahr. Die Stadt leistet in gleicher Höhe Beträge. Fakt ist, dass immer weniger Kinder die Musikschule besuchen, wahrscheinlich auch, weil der Unterricht jetzt schon teuer ist. Es geht darum, dass weiterhin auch die Kultur und nicht nur der Sport unterstützt wird. Zu bedenken gilt, dass die Kosten für Eltern konkurrenzfähig bleiben müssen, so dass keine Abwanderung in Nachbargemeinden droht. Wir plädieren darum für die Optimierung von Infrastruktur und Prozessen und nicht für eine Erhöhung der Preise.
- 2060: Die VBK empfiehlt eine Reduktion der Schullager von heute sieben auf fünf. Aktuell besucht die Primarschule zwei Ski- und ein Klassenlager und die Oberstufe drei Ski- und ein Klassenlager. Wir sind der Meinung, dass gerade Lager einen zentralen Beitrag zu den heutigen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten. Zudem tragen Lager dazu bei, den Gemeinschaftssinn durch gemeinsame Erlebnisse und Bewegung in der Natur zu fördern. Wir sind davon überzeugt, dass das Einsparungspotenzial von CHF 70'000 nicht in Relation zum gewonnenen Nutzen steht.
- 3010: Der Stichtentscheid anlässlich der Parlaments Sitzung vom 19. März 2024 zu den Öffnungszeiten des Hallen- und Freibads hat gezeigt, dass die Kürzung der Öffnungszeiten sehr umstritten ist. Die Bäder von Gossau müssen nächstes Jahr komplett geöffnet bleiben.
- 3120: Die VBK fordert im öffentlichen Verkehr die Überprüfung des 10-min Taktes der Linie 151 von Gossau nach St. Gallen. Das Sparpotenzial von CHF 100'000 ist fraglich, da die Linie eine der erfolgreichsten und meistgenutzten Buslinien der Region ist und einen Selbstfinanzierungsgrad von 78 Prozent hat. Weiter empfiehlt die Studie, welche im Rahmen des druckfrischen Mobilitätskonzeptes erhoben wurde, klar einen Ausbau des ÖV, um den motorisierten Verkehr zu stabilisieren. Diese Fakten sollten für sich sprechen und einer Reduktion und Ausdünnung des ÖV-Angebotes soll entschlossen entgegengewirkt werden.
- 5040 und 5050: Das gesamte Sparpotenzial in der Jugend- und Schulsozialarbeit beträgt CHF 173'000. Ziel der Jugend- und Schulsozialarbeit ist es, die Gesellschaftsfähigkeit aller Jugendlichen zu unterstützen. Die Früchte dieser Arbeit gehen weit über das Jugendalter hinaus. Niemand von uns möchte höhere Kosten für mehr Sonderschulkinder oder sogar Sozialfälle bezahlen! Darum fordern wir keinen Stellenabbau in der Jugend- und Schulsozialarbeit.
- 3030: Der Vereinstarif für die Nutzung der Anlagen durch Vereine soll erhalten bleiben. Es ist der FLiG wichtig, dass die erstmalige Nutzung des Fürstenlandsaales und der übrigen städtischen Räume weiterhin kostenlos bleibt. Gesellschaftliche Anlässe gilt es auch in Zukunft zu unterstützen.

Gespart werden soll nicht nur bei den freiwilligen Aufgaben. Mögliches Sparpotenzial sehen wir auch bei der Überprüfung eines Zusammenschlusses von Facility Management und Hoch- und Tiefbauamt oder einem zentralisierten Personaldienst für alle Ämter.

Grosse Hoffnungen setzen wir in den Benchmark. Daraus sollte der Stadtrat jährliche Massnahmen zur Effizienzsteigerung ableiten, welche idealerweise von der GPK überprüft werden.

Wir erwarten vom Stadtrat, dass er die Empfehlung der VBK und des Parlamentes sorgfältig prüft und daraus sinnvolle Optimierungen herleitet. Die FLiG nimmt Kenntnis vom Bericht.

6. **Florian Kobler (SP):** Was für ein enormer Aufwand wurde in dieses Postulat der SVP investiert. Zu den Stunden, die die VBK-Mitglieder aufgewendet haben, kommen die unzähligen Arbeitsstunden, die dieser Vorstoss in der Verwaltung auslöste. Und nach monatelanger Beratung liegt nun der Bericht der vorberatenden Kommission vor. Kurz und knapp auf ganzen vier Seiten, worin einzelne Aufgaben/Massnahmen aufgelistet werden, wie etwa die Reduktion des baulichen Unterhaltes oder die Reduktion der Jugendarbeit. Hinzu gefügt wurden höchstens ein oder zwei Sätze. Als Parlamentarier kann ich aufgrund dieser Bemerkungen nicht seriös beurteilen, ob eine Aufgabe/Massnahme sinnvoll ist oder nicht. Es fehlen konkrete Daten und Überlegungen zu den Vorschlägen. Wo sind die Zusammenhänge, wo die Abhängigkeiten, wo die Beschreibung des konkreten Nutzens?

Der Stadtrat wünscht sich gemäss Bericht und Antrag vom Stadtparlament ein konkretes Stimmungsbild, welche Massnahmen weiterverfolgt werden sollen. Aber eine inhaltliche Detailberatung einzelner Posten oder gar eine Abstimmung zu einzelnen Massnahmen ist im Rahmen des Postulatsantwort gar nicht möglich. Was dann folgt ist eine «Pflästerlipolitik», deren Bearbeitung einen enormen verwaltungstechnischen Aufwand auslöst. Und immer wieder stellt man fest, dass die meisten Ausgaben gebunden oder kurzfristig gar nicht beeinflussbar sind. Hinzu kommt, dass der Kanton immer mehr Ausgaben auf die Gemeinden abwälzt. Der Grund dafür ist die Sparwut von SVP, FDP und Teilen der Mitte im Kantonsrat. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von SVP, FDP und Mitte, hier müsstet ihr Druck machen auf eure Gspänli im Kantonsrat. Das würde mehr bringen als so ein Postulat.

Wir feiern dieses Jahr 1200 Jahre Gossau! Viele Menschen wohnen gerne hier, weil wir in einer attraktiven Stadt leben. Die SP-Fraktion will, dass das so bleibt. Wir wehren uns gegen den Abbau der Stadt. Es braucht eine weitsichtige Politik für die Menschen in unserer Stadt, für den Erhalt der Lebensgrundlagen und für den sozialen Ausgleich. Einige VBK-Empfehlungen werden im Rahmen der Budgetdebatte wohl konkret werden. Die SP wird verschiedene davon entschieden bekämpfen, so z. B. den Abbau des kulturellen Angebots, des öffentlichen Verkehrs oder der Bildung. Die SP-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Das Stadtparlament nimmt Kenntnis vom Bericht.

Gemäss Duden bedeutet zustimmend: Seine Übereinstimmung mit der Meinung eines andern äussern, die Meinung eines andern teilen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, egal welcher Partei sie angehören Ich gehe davon aus, dass praktisch niemand von ihnen mit allen Punkten dieses Berichts des Stadtrats einverstanden ist. Wir beantragen daher, dass das Wort zustimmend zu streichen sei. Das ist eine neutrale, nicht wertende Aussage.

7. **Thomas Künzle (SVP):** Die SVP-Fraktion sieht sich in der Postulatsantwort des Stadtrates und dem Bericht der VBK bestätigt. Der Stadthaushalt lässt noch einiges an Handlungsspielraum zu. Das zeigt nicht nur das vom Stadtrat überarbeitete Budget, sondern auch der Bericht der VBK.

Die SVP-Fraktion erhofft sich, dass die Empfehlungen der VBK in den aktuellen Budgetprozess einfließen werden und auch bei künftigen Budgetprozessen ein vermehrtes Augenmerk darauf gelegt wird, Wünschbares von Notwendigem zu trennen. Dies sowohl bei den freiwilligen wie auch gebundenen Ausgaben.

Die Mitglieder des Parlaments müssen sich aber auch selber an der Nase nehmen: Im Jahr 2013 wurde eine umfassende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (Projekt Malik) für den Haushalt der Stadt Gossau vorgenommen. Es wurden aus 38 Handlungsempfehlungen gesamthaft 53 Massnahmen aufgelistet. Ein überwiegender Teil der Massnahmen wurde schliesslich aufgrund der Beschlüsse des Stadtparlamentes nicht umgesetzt. Das Einsparungspotential blieb entsprechend eher bescheiden.

Unsere Fraktion wird künftige Budgets hinsichtlich der Empfehlungen der VBK prüfen und gegebenenfalls entsprechende Anträge stellen. Die Stadt Gossau wird in den nächsten Jahren sehr hohe Investitionen tätigen müssen, da sind wir mehr als gut beraten, auf unsere Steuergelder zu achten. Die SVP-Fraktion unterstützt die Empfehlungen der VBK.

8. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Ich bin zuversichtlich, dass der Stadtrat zusammen mit dem Parlament einige der Empfehlungen der VBK umsetzen können. Der Stadtrat wird in den kommenden IAFP und Geschäftsberichten darlegen, welche Massnahmen umgesetzt worden sind und welche nicht.

Die VBK hat in 33 Stunden einen vertieften Einblick in die gegenseitigen Abhängigkeiten der vielen Massnahmen erhalten, was sich für die kommenden politischen Auseinandersetzungen gelohnt hat. Und ich bin auch sicher, dass der eine oder andere parlamentarische Vorstoss von Ihnen, geschätzte Parlamentsmitglieder, die Diskussion wiederaufnehmen wird.

Stadtrat: Das Stadtparlament nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht.

SP: Das Stadtparlament nimmt Kenntnis vom Bericht.

Gegenüberstellung der Anträge:

Der Antrag des Stadtrates erhält 21 Stimmen.

Der Antrag der SP erhält 8 Stimmen.

9. **Florian Kobler (SP)** verlangt, dass über die Anträge einzeln abgestimmt wird.

III. Beschluss

1. Das Stadtparlament nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 25. Mai 2023. (24 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).
2. Das Stadtparlament empfiehlt dem Stadtrat, den Bericht der vorberatenden Kommission und die parlamentarische Beratung in die Budgetierung miteinzubeziehen. (28 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen).
3. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben. (28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

Protokoll Nr. 86/2024

2024-248

Sitzung vom 7. Mai 2024

01.26.830

Interpellation SP-Fraktion "Reichsbürgertreffen wirft Fragen auf"; Antwort

I. Grundlagen

1. Die SP-Fraktion reichte am 19. März 2024 die von zehn Mitgliedern des Parlaments unterzeichnete Interpellation «Reichsbürgertreffen wirft Fragen auf» ein.
2. Der Stadtrat hat diese am 25. April 2024 beantwortet.

II. Erklärung

1. **Florian Kobler (SP):** Die Reichsbürger Bewegung ist gefährlich! Die Geschichte zeigt, dass man solche demokratiefeindlichen Bewegungen bekämpfen muss, egal wie abstrus gewisse Haltungen erscheinen. So verbreiten die Reichsbürger in Deutschland etwa die Theorie, dass der Personalausweis so heisse, weil alle Bürgerinnen und Bürger Personal der «Firma Bundesrepublik Deutschland» seien. Man möchte eigentlich nur noch lachen, doch hinter diesen völlig hirnrissigen Theorien steckt eine gewaltbereite Bewegung. In Stuttgart startete Ende April der erste von drei Prozessen gegen die «Reichsbürger». Verschiedene Verschwörerinnen und Verschwörer hatten mutmasslich einen bewaffneten Putsch gegen die deutsche Regierung geplant. Dabei nahmen sie der Anklage zufolge bewusst Tote in Kauf. Diese Bewegung muss im Keim erstickt werden und sie darf in der Schweiz nicht Fuss fassen! Umso ärgerlicher, dass die Reichsbürger Bewegung ausgerechnet in Gossau ein «Gastspiel» hatte.

Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort auf unsere Interpellation, dass er sich am undifferenzierten Verhalten des Vermieters störe. Er hätte das persönliche Gespräch mit dem Vermieter gesucht, hätte er im Vorfeld von der Veranstaltung Kenntnis gehabt.

Die Antworten zeigen auf, dass der Handlungsspielraum des Stadtrats eher begrenzt ist. Der Stadtrat zeigt aber eine klare Haltung! Die SP Fraktion erhofft sich, dass die öffentliche Diskussion um den Reichsbürgeranlass in Gossau zu einer Sensibilisierung und zu einer Aufklärung rund um dieses Thema geführt hat. Reichsbürger sind nicht nur Spinner! Reichsbürger sind eine gefährliche Bedrohung für die Demokratie!

2. Es wird keine Diskussion verlangt.

III. Beschluss

1. Das Parlament nimmt die Antwort des Stadtrates ohne Diskussion zur Kenntnis.

Protokoll Nr. 87/2024

2023-394

Sitzung vom 7. Mai 2024

01.26.010

Neue Vorstösse

I. Grundlagen

1. Der Präsident orientiert über folgende eingegangene Vorstösse:
 - a) Einfache Anfrage Florian Kobler (SP), Claudia Kretz (FDP), Patrik Mauchle (Die Mitte), Markus Meister (FLiG) und Markus Rosenberger (SVP) "Freibad Saison 2024; flexible Öffnungszeiten bei sommerlichen Temperaturen"
 - b) Einfache Anfrage Werner Bischofberger (SP) "Bahnhof Arnegg, hindernisfreies Umsteigen"

II. Beschluss

1. Das Parlament nimmt die Vorstösse zur Kenntnis.

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Stadtparlament

Der Präsident

Stadtschreiberin

Pascal Fürer

Beatrice Kempf

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 17. Mai 2024 genehmigt.